

Pflugblatt-Abo:  
Schnell & einfach  
Kurze E-Mail reicht:  
johannes.pflug@bundestag.de

## Mit Engagement und Überzeugungskraft

Es gibt sicher viel zu sagen über unseren sozialdemokratischen Parteitag am vergangenen Sonntag. Es ist notwendig, dass wir uns mit der grundsätzlichen Ausrichtung unserer Politik für die Zukunft, mit unserer Programmatik und auch mit den Entscheidungsstrukturen sowie den personellen Strukturen in unserer Partei befassen. Auch die Ritualisierung von Parteitagen und Veranstaltungen sollte nicht ausgespart werden. Fest steht aber: Frank-Walter Steinmeier hat auf dem Parteitag in



Es war sein Parteitag: Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier

### Impressum

Leitartikel	1-2
Kommentar	3
Interview	4-5
Hintergrund	6-7
Glosse	8

Hrsg: Johannes Pflug

Text: Johannes Pflug, Christina Stahl,  
Jürgen Lorenz, Manuel Reiß

Redaktion & Layout: Jürgen Lorenz & Manuel Reiß

Berlin am 14. Juni eine hervorragende Rede gehalten. Einige Medien sagen, es sei die beste seiner politischen Laufbahn gewesen. Richtig ist, dass Frank-Walter Steinmeier mit sehr viel Engagement und innerer Überzeugung ein, ja unser, gutes sozialdemokratisches Wahlprogramm vorgetragen hat. Genauso ist richtig, dass es sich

lohnt dafür zu kämpfen und unseren Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers zu unterstützen.

Am 30. August stehen aber erst einmal die Kommunalwahlen in NRW an, bei denen wir als SPD wieder stärkste Kraft in Duisburg werden und mit Jürgen C. Brandt einen neuen SPD-Oberbürgermeister haben wol-



len. Da die Kommunalwahlen und die Bundestagswahlen nur vier Wochen auseinander liegen, ist es nötig, dass in zunehmendem Maße Bundespolitik einfließen muss in unsere Wahlkampfaktivitäten. Dass mit der Bundespolitik eine starke Mobilisierung erreichbar ist, weiß vor allem die schwarz/ gelbe Landesregierung in Düsseldorf. Warum sonst hat sie unter Inkaufnahme von Prozessen und hohen Kosten von 42 Millionen Euro unbedingt den Kommunalwahltermin nicht mit dem Termin der Bundestagswahl zusammenfallen lassen? Natürlich wegen der erwarteten Wahlbeteiligung am 27. September. Die Antwort sollten wir Rüttgers und Wolf geben in Form einer mindestens genauso hohen Wahlbeteiligung am 30. August bei der Kommunalwahl. Vor Beginn der Sommerpause und Ablauf der 16. Wahlperiode hatte der Deutsche Bundestag in den vergangenen Tagen aber noch einige Mammutsituationen bis in die frühen Morgenstunden. Für mich war persönlich sehr wichtig, dass wir am 18. Juni eine gesetzliche Regelung für die Patientenverfügung verabschiedet haben. Ich selbst habe den sogenannten „Stünker-Entwurf“ mitgetragen, der keine Reichweitenbegrenzung vorsieht. Das bedeutet: Liegt nur eine „einfache“ schriftliche Patientenverfügung vor, soll diese nur dann verbindlich sein, wenn nach ärztlicher Überzeugung eine tödlich verlaufende Krankheit vorliegt oder der Betreffende ohne Bewusstsein ist und dieses mit an

Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit trotz Ausschöpfung aller medizinischen Möglichkeiten niemals wiedererlangt wird. Mit anderen Worten: Selbstbestimmung nur in unmittelbarer Todesnähe. Vorher muss der Patient sich auch entgegen seinem ausdrücklich bestimmten Willen medizinisch behandeln lassen, bis hin zu direkten Eingriffen in seinen Körper. Diese Reichweitenbegrenzung im so genannten „Bosbach/Röspel-Entwurf“ ist in der Anhörung des Rechtsausschusses am 4. März 2009 von der Mehrzahl der Sachverständigen als verfassungswidrig bezeichnet worden. Artikel 2 Absatz 2 unseres Grundgesetzes garantiert das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Zudem ist der Begriff „unheilbar tödlich verlaufende Krankheit“ zu unbestimmt und nicht justizierbar. Die Folge ist Rechtsunsicherheit sowohl für den Patienten als auch für den behandelnden Arzt.

Im „Stünker-Entwurf“ ist diese Reichweitenbegrenzung nicht vorgesehen.

Nach diesen Entwürfen ist der Wille des Patienten verbindlich, wenn die in der Patientenverfügung geregelte Situation mit der späteren Lebens- und Behandlungssituation des Patienten übereinstimmt. Teil des Gesetzes ist außerdem, dass niemand zur Errichtung einer Patientenverfügung verpflichtet werden und die Errichtung oder Vorlage einer Patientenverfügung nicht zur Bedingung eines Vertragschlusses gemacht werden darf. Dies ist wichtig für

eventuelle Heimverträge. Ein wichtiges Thema der nächsten Monate wird die Sperrung oder Löschung von Internetseiten bei Verstößen gegen Bundesgesetze, wie beispielsweise im Falle der Kinderpornografie. Nur so viel für heute: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und die Grundrechte der Menschenwürde, der körperlichen Unversehrtheit (im diesem Falle der missbrauchten Kinder) haben nach meiner Meinung eindeutigen Vorrang vor dem freien Zugang zu jeder Internetseite. Dieses Recht der Meinungsfreiheit steht den oben genannten Rechten nach. In diesem Sinne habe ich mich in der Bundestagsfraktion geäußert und in diesem Sinne habe ich auch dem Gesetz am 18. Juni zugestimmt. Aber wie gesagt, hier gibt es noch viel Diskussions- und Regelungsbedarf.

Herzlichts



*Hans-Joachim Lauth*



# Talentierte, qualifiziert, arbeitslos

Der Jobeinstieg ist auch für Akademiker schwer—von Christina Stahl

Zugegeben, ich hatte es mir einfacher vorgestellt. Zu Beginn des Jahres war ich guter Dinge, einen Job zu finden. Daran glaube ich zwar immer noch. Aber auch, dass es länger dauern könnte als gedacht.

Am 20. Januar habe ich offiziell mein Studium der Internationalen Politik und Medienwissenschaft beendet. Ganz feierlich mit Hut, Umhang und stolzen Eltern. Es war ein wichtiger Tag: nicht nur für mich und meine Kommilitonen, sondern für die ganze Welt. Denn an diesem Dienstag trat der neue US-Präsident sein Amt an. Wir feierten den Anfang eines neuen Lebensabschnitts und einer neuen Ära: „Yes, we can“, keine Frage. Doch seit diesem Tag musste nicht nur der Obama, sondern auch mein Abschlussjahrgang öfter hören: „No, you can not“. Jedenfalls nicht so, wie ursprünglich geplant. Und schon gar nicht sofort.

Eine Studie der Hochschule Furtwangen und der Personalberatung Promerit AG hat Zahlen gesammelt über den Arbeitsmarkt und die Einstiegschancen für Hochschulabsolventen. Demnach ist 2009 die Arbeitssuche deutlich schwerer geworden. Das Jahr 2009 sei keine gute Zeit, sein Studium abzuschließen.

Große Unternehmen wie Puma, Audi und BMW verkünden wenig Erfreuliches: Die deutsche Wirtschaft ist im letzten Quartal

um 3,8 Prozent geschrumpft. Die Firmen müssen kämpfen, um bestehende Arbeitsplätze erhalten zu können. Neueinstellungen sind rar. Im öffentlichen Dienst – etwa bei den Bundesministerien – bewerben sich auf eine Referentenstelle bis zu 1000 Personen. Bei großen Firmen wie Procter & Gamble gehen pro Tag 5000 Bewerbungen ein. Dabei hat die Firma weltweit nur 10.000 Beschäftigte. Qualifizierte Bewerbungen sammeln die Personalabteilungen erstmal in Pools, um später auf sie zurückgreifen zu können. Nur wann später ist, kann keiner sagen. 40 Prozent der Unternehmen planen nur sehr kurzfristig, so die Studie.

Wer sich im Studium Netzwerke zur Branche seiner Wahl aufgebaut hat, ist klar im Vorteil. Trotzdem: Viele meiner ehemaligen Kommilitonen haben viele Kontakte, überdurchschnittliche Noten, sprechen mehrere Sprachen. Trotzdem sind sie noch ohne Job.

Für die meisten Jobs ist erste Berufserfahrung erforderlich. Doch wer sich als Uniabsolvent auf dem Arbeitsmarkt umsieht, dem wird schnell klar: Zwischen dem unbezahltem Praktikum und der Referentenstelle, für die zwei Jahre Berufserfahrung vorausgesetzt werden, herrscht ein ziemliches Vakuum. Auf die wenigen Volontariate und Traineestellen herrscht ein riesiger Andrang.

Der Kellnerjob bringt zwar das nötige Geld zum Leben, ist aber als Karrieresprungbrett kaum geeignet.

Leicht ist es also nicht für die Hochschulabsolventen des Jahres 2009. Aber den Kopf in den Sand stecken bringt erst recht nicht weiter. Schließlich kann man die ungewollt freie Zeit auch sinnvoll nutzen und sich weiter zu qualifizieren: Durch neue Sprach- oder Computerkenntnisse, durch Praktika oder soziales Engagement. Außerdem denke ich mir immer: Es gibt genug Menschen, die von Arbeitslosigkeit härter getroffen werden und ich habe noch keine Familie zu ernähren.

Und schließlich kann man sich trösten, denn auch die großen Karrieren beginnen manchmal holprig. Wie bei Barack Obama, der sich bei seinem Amtseid verhaspelte. In diesem Sinne: Glückauf und in die Hände gespuckt!



Christina Stahl ist Praktikantin in meinem Büro



# „Wir müssen die Leute überzeugen“

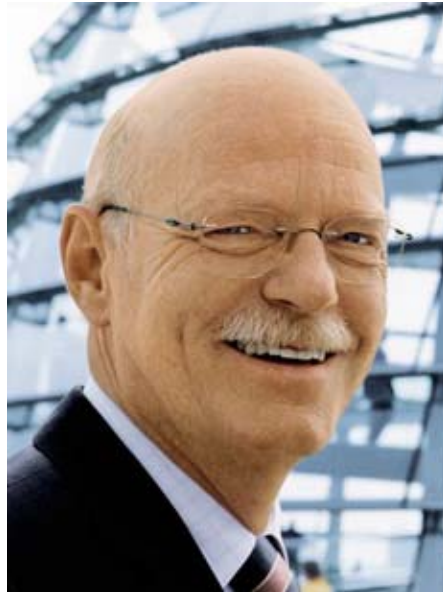
Johannes Pflug sprach mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden über die Große Koalition, den Wahlkampf und seinen Abschied.

**Johannes Pflug:** Lieber Peter, beim Parteitag am Sonntag waren wir beide vor Ort. Wie ist Dein Eindruck von unserem Regierungsprogramm und unserem Kanzlerkandidaten?

**Peter Struck:** Der Parteitag war ein gelungener Auftakt für den bevorstehenden Wahlkampf. Frank-Walter hat eine große Rede gehalten. Vor allem hat er uns allen deutlich gemacht, dass mit uns noch zu rechnen ist. Wir müssen jetzt hin zu den Leuten und sie überzeugen, dass wir im Herbst schwarz-gelb verhindern müssen. Mit unserem Regierungsprogramm kann uns das gelingen: Wir wollen einen flächendeckenden Mindestlohn, wir wollen eine Bürgerversicherung und bleiben beim Ausstieg aus der Atomkraft. Vor allem wollen wir eine nachhaltige und verantwortungsvolle Finanz- und Wirtschaftspolitik, die uns bewahrt vor einer weiteren schweren Krise. Ein Weiter so á la Merkel kann es da jedenfalls nicht geben.

**Johannes Pflug:** Du hast fast vier Jahre als Fraktionsvorsitzender die Große Koalition Tag und Nacht miterlebt. Wie bewertest Du die Leistung unserer SPD-Fraktion in dieser Zeit?

**Peter Struck:** Wir haben in den vier Jahren der Großen Koalition



Peter Struck (66) ist seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestag. Von 1998 bis 2002 war Struck Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und wurde 2002 Verteidigungsminister. Nach der Bundestagswahl 2005 wechselte Struck zurück auf den Posten des Fraktionsvorsitzenden. Im September 2009 geht er in Rente. Peter Struck ist verheiratet und hat drei Kinder.

on ein gutes Stück sozialdemokratische Politik umsetzen können. Wer hätte gedacht, dass Renate Schmidts Elterngeld tatsächlich mit den Konservativen umzusetzen ist. Beim Mindestlohn haben wir immerhin für mehr als drei Millionen Beschäftigte Branchenmindestlöhne erreicht. Föderalismusreform, Gesundheitsreform, Pflegeversicherung, wir hatten

schon einige schwere Brocken zu bewältigen und haben uns als starker Verhandlungspartner erwiesen. Vieles was von der Regierung kam, wurde bei uns korrigiert.

Es war aber schon immer wieder ein zähes Gerangel. Es hat sich gezeigt, dass SPD und CDU/CSU nicht nur inhaltliche Differenzen haben, sondern dass sie auch kulturell höchst unterschiedlich sind. Ich vertraue zum Beispiel meinen Fachpolitikern. Bei der Union muss alles immer zurückgekoppelt werden. Das nimmt viel Zeit und Nerven in Anspruch.

**Johannes Pflug:** In meinem Wahlkreis Duisburg-Nord wird ThyssenKrupp rund 1800 Stellen abbauen, glücklicher Weise sozial verträglich, aber diese wichtigen Arbeitsplätze fehlen an allen Ecken und Enden. Das Kurzarbeitergeld hat sich als gutes Instrument gegen die Krise bewährt, aber was können wir Politiker aus Deiner Sicht noch tun, um nicht noch mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit rutschen zu lassen?

**Peter Struck:** Vor uns liegt eine anstrengende Zeit. Gar keine Frage. Und die Menschen haben Angst, dass sie die nächsten sein können, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Mit dem Kurzarbeitergeld haben wir dank Olaf Scholz viele Arbeits-



plätze erst mal gesichert und dafür gesorgt, dass Betriebe die ihre Beschäftigten weiterbilden, finanziell unterstützt werden. In punkto Ausbildungsplätze haben wir gerade beschlossen, dass Unternehmen, die Lehrlingen ermöglichen, ihre Ausbildung nach der Insolvenz fortzusetzen, mit dem Ausbildungsbonus gefördert werden können.

Jetzt zeigt sich natürlich wie wichtig das Miteinander in den Betrieben zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern ist. Daher möchte ich auch an die Arbeitgeber appellieren: gebt eure Leute nicht auf. Denn spätestens wenn die Nachfrage wieder anzieht, werden Betriebe, die sich jetzt bemühen, ihre erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu halten und weiterzubilden, klar im Vorteil sein.

Wir als Politiker müssen vor allem auch in die Zukunft denken und die Grundlagen für morgen vorbereiten. Wir brauchen eine aktive Industriepolitik. Denn wir müssen die Märkte von morgen bestimmen. Das heißt natürlich auch: Nur mit guten Schulabschlüssen und qualifizierten Ausbildungen können wir uns auf dem Arbeitsmarkt und in Konkurrenz zu anderen behaupten. Daher ist der Bildungssoli der richtige Weg.

**Johannes Pflug:** Vor uns liegen 3 Monate harter Wahlkampf bis zur Bundestagswahl, in Duisburg haben wir am 30. August sogar noch eine wichtige Kommunalwahl zu gewinnen. Du bist seit 1980 im Deut-



Johannes Pflug und Peter Struck beim Gespräch im Bundestag.

**schen Bundestag, was sagt Dir die Erfahrung: Wie gewinnen wir die kommenden Wahlen?**

**Peter Struck:** Meine Erfahrung ist: wir müssen ehrlich sein zu den Menschen. Wir müssen ihnen klipp und klar sagen was geht und was nicht. Wenn die Union meint sie kann damit gewinnen, dass sie den Menschen vorgaukelt ihre Steuern würden gesenkt, dann ist das unehrliche Politik. Ich glaube Dialog ist das wichtigste. Die Menschen wollen uns Politiker nicht irgendwo im Fernsehen sitzen sehen, sondern erwarten konkrete Antworten vor Ort. Sie wollen unsere Politik erklärt haben und wir sind ihnen das schuldig. Nur so können wir auch überzeugen.

**Johannes Pflug:** Das „Strucksche Gesetz“ sagt, dass kein Gesetz den Bundestag so verlässt, wie es hineinkommt.

**Was bedeutet das „Strucksche Gesetz“ für den Menschen Peter Struck, wie haben Dich Deine fast 30 Jahre im Deutschen Bundestag verändert?**

**Peter Struck:** Es ist ein besonderes Amt, Bundestagsabgeordneter zu sein. In einer parlamentarischen Demokratie gibt es nichts Höheres. Die Abgeordneten machen die Gesetze, sie wählen den Kanzler und den Bundespräsidenten. Ich bin in die SPD eingetreten, weil ich für mehr Gerechtigkeit streiten wollte. Nach 30 Jahren Bundestag weiß man natürlich, dass man die Welt nicht grundsätzlich ändern kann. Aber man kann doch vieles besser machen. Das Strucksche Gesetz hat mir den eigentlichen Wert des Parlamentarismus gelehrt: die Regierung ist das eine, was am Ende rauskommt, ist Sache des Parlaments. Und in der Regel kommt etwas Besseres raus.



# Mehr Geld für Duisburger Hospize

Gute Nachrichten bekam ich vor Kurzem von unserer Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt: Sie informierte mich in einem Brief, dass meine Anregungen zur besseren Förderung von Hospizen Eingang in das Gesetz zu arzneimittelrechtlichen Vorschriften gefunden haben. Die Hospize bekommen jetzt mehr Geld für ihre wichtige Arbeit.

Anfang des Jahres hatte mich die Leitung eines Klinikum aus meinem Wahlkreis auf die Finanzprobleme der Hospize in Duisburg aufmerksam ge-

macht. Daraufhin hatte ich Ulla angeschrieben und um eine Erhöhung der Zuwendungen für die Hospize und insbesondere für die stationäre Kinderpflege im Hospiz gebeten.

Wir stellen jetzt sicher, dass die Hospize solide finanziert ihre Aufgabe wahrnehmen können. Die zuschussfähigen Kosten der stationären Hospize werden künftig für die Versicherten in vollem Umfang von den Kranken- und Pflegeversicherung übernommen und auch die ambulanten Hospize erhalten einen festen Zuschuss.



Ulla Schmidt beschert den Hospizen mehr Geld

## Abschied des Botschafters



Abschiedsrede für den Chinesischen Botschafter Ma Canrong

Als Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe habe ich den Chinesischen Botschafter Ma Canrong offiziell verabschiedet. Ma geht nach siebeneinhalb Jahren als Botschafter zurück nach China. In meiner Rede habe ich be-

tont, dass wir bei Tibet oder Taiwan nicht immer einer Meinung waren, aber stets ein ehrliches Verhältnis hatten. Als Abschiedsgeschenk überreichte ich dem Botschafter übrigens eine CD mit Deutscher Volksmusik. Seine Leidenschaft!

## Neue Provokation von Nordkorea

Die Lage in Nordkorea spitzt sich weiter zu: Das Land provoziert mit seinen Atomtests und der Verurteilung von zwei US-Journalistinnen zu 12 Jahren Arbeitslager den Rest der Welt. Als SPD-Berichtersteller für Nordkorea habe ich zusammen mit unserem Abrüstungspolitischen Sprecher Rolf Mützenich in einer Presseerklärung Nordkorea scharf kritisiert und die Unterstützung der SPD für Obamas Vorschlag zur atomaren Abrüstung deutlich betont. Gleichzeitig haben wir China aufgefordert, aktiver auf die nordkoreanischen Machthaber einwirken und Verantwortung zu übernehmen. Die Chinesen haben einer gemeinsamen UN-Resolution gegen Nordkorea jetzt zugestimmt.



## 60 Jahre Europarat

In diesem Jahr wird der Europarat 60 Jahre alt. Mit einer Plenarrede zu unserem Antrag „60 Jahre Europarat“ im Deutschen Bundestag habe ich gratulieren dürfen.

Der Europarat ist kein Organ der EU, aber vielleicht deshalb so wichtig für Frieden, Versöhnung und Fortschritt: Als Vorläufer der Europäischen Union, als Vorreiter bei der Förderung von Demokratie in den ehemaligen Ostblockstaaten und durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. 100.000 Klagen von europäischen Bürgerinnen und Bürgern sind hier anhängig, ein starkes



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

### Rede im Deutschen Bundestag

Zeichen für das Vertrauen der Europäer in diese Institution. Heute gehören dem Europarat 47 Länder an.

Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erlebe ich diesen als einzigartiges Forum für eine

gemeinsame Werteorientierung unseres Kontinents und als die Stimme von ganz Europa. Die Resolution zum Verbot von Streumunition, die ich eingebracht hatte, ist einstimmig verabschiedet worden und hat ein deutliches Zeichen gesetzt: Ein europäisches Zeichen für ein weltweites Verbot dieser furchtbaren Waffen.

In meiner Plenarrede habe ich mich für eine Stärkung des Europarates eingesetzt, um seine Arbeit für Demokratie und Menschenrechte zu fördern und um diese älteste politische Organisation unseres Kontinents angemessen zu würdigen.

### Afghanistan-Broschüre auf meiner Homepage

Die Task-Force Afghanistan der SPD-Bundestagsfraktion hat ihren Fortschrittsbericht „Afghanistan 2009“ fertig gestellt und auch ich habe als Mitglied der Task-Force meinen Beitrag geleistet.

In dieser Broschüre ziehen wir eine offene und ehrliche Bilanz unseres Deutschen Engagements in den vergangenen Jahren und zeigen Perspektiven für unser weiteren Einsatz zur Bewahrung der Deutschen Sicherheit am Hindukusch auf.

Sie finden die Broschüre „Afghanistan 2009“ auf meiner Homepage unter [www.johannes-pflug.de](http://www.johannes-pflug.de) und können den Bericht dort natürlich gerne herunterladen.



**Der Deutsche Generalkonsul in Shanghai** empfing unsere Delegation im Mai zu einem Hintergrundgespräch (v.l.): Rudolf Traub-Merz von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Generalkonsul Albrecht von der Heyden, Johannes Pflug und Anja Viohl von der Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen.

Die Fudan-Universität hatte mich eingeladen beim Shanghai-Forum die Eröffnungsrede zu halten. Ich nutzte diese Reise um politische Gespräche mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu führen und Werbung für Duisburg zu machen.



# Zwiegespräch im Zwittscherwald

Es ist verhext mit diesem Twitter.  
140 Zeichen darf ich schreiben,  
aber das reicht nie für eine gute

\*\*\*\*\*

Gestern hab ich der Welt getwittert,  
dass ich heute noch Überstunden bei H.P. mache mu

\*\*\*\*\*

Meine Followers haben mir viel Spaß gewünscht und ich habe Links zum Thema Spaß zurückg

\*\*\*\*\*

Dann habe ich noch ironisch getwittert,  
dass ich sicher mehr Spaß habe n werde als Zuhause

\*\*\*\*\*

Meine Frau hat meinen Twitter-Eintrag gelesen und mich natürlich wieder total falsch versta

\*\*\*\*\*

An Manuel: H.P. sind doch Initialen Deiner Ex-Freundin. Bei der willst Du Heuteabend Über

\*\*\*\*\*

An meine Frau: Du verstehst mich wirklich falsch, im Büro von Hans Pflug werde ich Über

An Manuel: Aha, im Büro von Deinem Chef triffst Du Dich mit H.P. Du hast eine Affäre mit

\*\*\*\*\*

Ich bin fassungslos und schreibe: Schatz, was soll das? Selbstverständlich habe ich das

\*\*\*\*\*

An Manuel: Du gibst es auch noch zu. Wir müssen reden.

\*\*\*\*\*

Reden?

\*\*\*\*\*

Reden?

\*\*\*\*\*

WAS SOLL DAS HEISSEN, REDEN?

\*\*\*\*\*

Plötzlich spricht eine Stimme zu mir. Sie redet zu mir. Direkt aus nächster Nähe. „Du hast gestern schon den ganzen Abend so viel von diesem Twitter erzählt, jetzt muss Du nicht auch noch im Schlaf davon sprechen“ höre ich plötzlich eine Stimme. Weit und breit kein Computer, kein Internet, kein Handy, kein Twitter.

Nur meine Bettdecke, die Deckenlampe und meine Frau mit diesen sonderbar langen und komplizierten Sätzen. Das muss aber wohl auch mal sein.



Manuel Reiß ist Mitarbeiter in meinem Berliner Büro

## KONTAKT

Wahlkreis Duisburg-Nord:  
Krummacherstr. 33  
47051 Duisburg  
Tel: 02 03 – 2 43 96  
Fax: 02 03 – 298 30 48  
johannes.pflug@wk.bundestag.de

Berliner Büro  
Deutscher Bundestag  
Unter den Linden 50  
10117 Berlin  
Tel: 030 – 227 73819  
Fax: 030 – 227 76403  
johannes.pflug@bundestag.de  
www.johannes-pflug.de